

Inhalt

Vorwort	15
1 Einleitung	17
2 Arten von Zwangsmaßnahmen	18
2.1 Unterbringung	19
2.1.1 Rechtliche Grundlagen	20
2.1.2 Statistische Relevanz	20
2.2 Freiheitsentziehende Maßnahmen	20
2.2.1 Rechtliche Grundlagen	21
2.2.2 Statistische Relevanz	21
2.3 Ärztliche Zwangsmaßnahmen	22
2.3.1 Rechtliche Grundlagen	22
2.3.2 Statistische Relevanz	22
2.4 Zusammenfassung: Arten von Zwangsmaßnahmen	23
3 Rechtliche Rahmenbedingungen	24
3.1 Verfassungsrechtliche Grundlagen	25
3.1.1 Historischer Exkurs	25
3.1.2 Die Menschenwürdegarantie Art. 1 Abs. 1 GG	26
3.1.3 Die allgemeine Handlungsfreiheit Art. 2 Abs. 1 GG	26
3.1.4 Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit Art. 2 Abs. 2 GG	26
3.1.5 Freizügigkeit Art. 11 GG	27
3.1.6 Freiheit der Person Art. 104 GG	27
3.1.7 Betroffene Grundrechte bei der Durchführung einer Zwangsmaßnahme	28
3.1.8 Sozialstaatsprinzip Art. 20 Abs. 1 GG	28
3.1.9 Die staatliche Fürsorgepflicht und das »Recht zur Krankheit«	28
3.1.10 Der Richtervorbehalt und effektiven Rechtsschutz ...	29
3.1.11 Der Gesetzesvorbehalt	30
3.1.12 Zwangsmaßnahmen als »letztes Mittel« – der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	30
3.2 Rechtliche Regelungen in der Menschenrechtskonvention ...	32
3.3 Rechtliche Regelungen in der UN- Behindertenrechtskonvention	33

3.4	Hippokratischer Eid	34
3.5	Strafrechtliche Grundlagen	34
3.5.1	Freiheitsberaubung	34
3.5.2	Körperverletzung und fahrlässige Tötung	36
3.5.3	Misshandlung Schutzbefohlener	37
3.5.4	Aussetzung	37
3.5.5	Nötigung	37
3.5.6	Verletzung gegen das Briefgeheimnis	37
3.5.7	Handeln durch Unterlassen	37
3.5.8	Zwischenfazit	38
3.6	Entfall der Strafbarkeit bei Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes oder Schuldausschließungsgrundes ..	38
3.6.1	Der rechtfertigende Notstand und Notwehr	39
3.6.2	Besondere gesetzliche Vorschriften	40
3.6.3	Rechtfertigung durch richterlichen Beschluss	41
3.6.4	Rechtfertigung durch Verwaltungsakt der Exekutiven	41
3.6.5	Zeitliche Grenzen des Notwehrrechts – Zeitpunkt des gerichtlichen Antrags.....	42
3.6.6	Schuldlosigkeit bei Verbotsirrtum	43
3.7	Die Einwilligung des Betroffenen in eine Zwangsmaßnahme	43
3.7.1	Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung	45
3.7.3	Musterformular: Beispiel für ein Ärztliches Attest über die Fortbewegungsunfähigkeit des Bewohners	47
3.7.4	Musterformular: Beispiel für eine Einverständniserklärung des Bewohners in eine freiheitsentziehende Maßnahme – Beispiel Rollstuhlfixierung	47
3.7.5	Musterformular: Beispiel für eine Einverständniserklärung des Betreuers in eine freiheitsentziehende Maßnahme – Beispiel Rollstuhlfixierung	48
3.7.6	Musterformular: Beispiel für eine Bestätigung und Kenntnisnahme der freiheitsentziehenden Maßnahme ›Hochstellen der Bettseitenteile‹ durch den Bewohner	48
3.7.7	Musterformular: Beispiel für eine Bestätigung und Kenntnisnahme der freiheitsentziehenden Maßnahme ›Hochstellen der Bettseitenteile‹ durch den Betreuer	49
3.7.8	Bestimmung der Einwilligungsfähigkeit durch einen Arzt	50
3.7.9	Das rechtliche System aus Vollmacht, Vorsorgevollmacht und Betreuerbestellung	50
3.7.10	Abgrenzung der Geschäftsfähigkeit von der Einwilligungsfähigkeit.....	51

3.8	Zivilrechtliche Grundlagen	51
3.8.1	Der Behandlungsvertrag	51
3.8.2	Beispiel für einen Behandlungsvertrag (mit separaten AVBs) in Anlehnung an die Behandlungsverträge und allgemeinen Vertragsbedingungen der DKG ...	52
3.8.3	Die Aufklärung vor einer medizinischen Maßnahme	54
3.8.4	Der einwilligungsunfähige Patient	54
3.9	Zusammenspiel aus Gericht, Betreuer und Bevollmächtigtem	54
3.10	Zivilrechtliche Haftung bei rechtswidrigen Zwangsmaßnahmen	56
3.11	Haftung aus Organisationsverschulden: Warum ist die Regelung interner Abläufe sinnvoll?	57
3.12	Zusammenfassung: Rechtliche Rahmenbedingungen	59
4	Betreuung	60
4.1	Statistische Relevanz	60
4.2	Verfahrensgrundsätze	60
4.3	Vorläufige Betreuung	65
4.4	Selbständiges Eingreifen des Betreuungsgerichts	67
4.5	Rechtliche Grundlagen und Notwendigkeit einer Betreuung	67
4.6	Aufgaben des Betreuers	69
4.7	Praxisproblem: Der einwilligungsfähige und betreute Betroffene	72
4.8	Der einwilligungsunfähige und betreute Betroffene	73
4.9	Betreuung eines Heimbewohners	74
4.10	Auswirkungen von Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Betreuungsvollmacht auf das Betreuungsverfahren	75
4.10.1	Vorsorgevollmacht	75
4.10.2	Patientenverfügung	75
4.10.3	Betreuungsverfügung	76
4.10.4	Zukünftig: Vorrang anderer Hilfen	76
4.11	Zusammenfassung: Betreuung	77
4.12	Musterformular: Beispiel für einen Beschluss über die Bestellung eines Betreuers	77
4.13	Musterformular: Beispiel für die Anregung einer Betreuerbestellung durch eine Einrichtung/einen Arzt	81
4.14	Musterformular: Anrufung des Betreuungsgerichts bei einer Fehlentscheidung oder fehlender Erreichbarkeit des Bevollmächtigten/des Betreuers durch eine Einrichtung/einen Arzt	83
4.15	Übersicht zu den Änderungen in 2023	85
5	Das Verfahren bei Zwangsmaßnahmen	89
5.1	Rechtliche Grundlagen	89
5.2	Die Unterbringungsentscheidung als Prognoseentscheidung	90
5.3	Verfahrensgrundsätze	90

5.4	Ablauf des gerichtlichen Verfahrens	91
5.4.1	Verfahrensbeteiligte	91
5.4.2	Zuständiges Gericht	92
5.4.3	Verfahrenseröffnung	92
5.4.4	Rechtsstellung des Verfahrenspflegers	93
5.4.5	Anhörung des Betroffenen	95
5.4.6	Anhörung der Beteiligten	96
5.4.7	Ermittlungen	96
5.4.8	Sachverständigengutachten	96
5.4.9	Checkliste	97
5.4.10	Gerichtliche Entscheidung	99
5.5	Kein Verfahren bei freiwilliger Selbstunterbringung	100
5.6	Prozessuale Besonderheiten bei einer Unterbringung	100
5.7	Prozessuale Besonderheiten bei einer ärztlichen Zwangsbehandlung	101
5.8	Vorläufige Unterbringung und einstweilige Anordnung	101
5.9	Musterformular: Beispiel für einen Beschluss über die Genehmigung zur Unterbringung nach § 1906 Abs. 1 BGB	102
5.10	Musterformular: Beispiel für einen Beschluss über die Genehmigung freiheitsentziehender Maßnahmen	105
5.11	Musterformular: Anregung des Betreuers der Genehmigung einer freiheitsentziehenden Maßnahme	108
5.12	Zusammenfassung: Das Verfahren in Unterbringungssachen	109
6	Besonderheiten der Unterbringung	111
6.1	Freiwillige Unterbringung	111
6.2	Abgrenzung zivilrechtliche und öffentlich-rechtliche Unterbringung	112
6.3	Unterbringung als letztes Mittel	113
6.4	Vorsorgevollmacht und Unterbringung	114
6.5	Unterbringung im Strafrecht	114
6.6	Betreuer oder Bevollmächtigter als Voraussetzung für eine Unterbringung	115
6.7	Zulässigkeit einer Postkontrolle	115
6.8	Die zivilrechtliche Unterbringung nach § 1906 Abs. 1 BGB im Detail	116
6.8.1	Definition	117
6.8.2	Unterbringung bei drohender Selbstgefährdung, § 1906 Abs. 1 Nr. 1 BGB	117
6.8.3	Unterbringung zum Zweck einer Behandlung, § 1906 Abs. 1 Nr. 2 BGB	118
6.8.4	Ort der Unterbringung	120
6.8.5	Dauer einer Unterbringung	120
6.9	Öffentlich-rechtliche Unterbringung im Detail	121
6.9.1	Definition und Ziel	121
6.9.2	Die Gesetzgebungskompetenz der Länder	122

6.9.3	Die Landesgesetze über die öffentlich-rechtliche Unterbringung psychisch Kranker	122
6.9.4	Voraussetzungen einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung	124
6.9.5	Krankheit, Sucht, Behinderung	124
6.9.6	Unterbringungsgrund: Gefahr	125
6.9.7	Kausalität	126
6.9.8	Ort der Unterbringung	126
6.9.9	Vor- und nachsorgende Hilfen	127
6.9.10	Musterformular: Beispiel für einen Beschluss in einem öffentlich-rechtlichen Unterbringungsverfahren	127
7	Besonderheiten der Freiheitsentziehenden Maßnahmen	130
7.1	Gesetzliche Grundlage	130
7.1.1	Gesetzliche Grundlagen bei öffentlich-rechtlicher Unterbringung	130
7.1.2	Freiheitsentziehende Maßnahmen nach bürgerlichem Recht mit und ohne Unterbringung	131
7.1.3	Stationäre Einrichtungen für freiheitsentziehende Maßnahmen	132
7.1.4	Sonderfall: Sicherungsmaßnahmen in ambulanten Einrichtungen oder in heimischer Umgebung	132
7.1.5	Sonderfall: Freiheitsentziehende Maßnahmen bei Kindern	134
7.2	Betreuerbestellung	135
7.3	Voraussetzung: Einwilligungsunfähigkeit	136
7.4	Ärztliche Anordnung	137
7.5	Arten von freiheitsentziehenden Maßnahmen	138
7.5.1	Mechanische Maßnahmen	138
7.5.2	Freiheitsentziehung durch sedierende Arzneimittel	139
7.5.3	Isolierung	141
7.6	Notwendigkeit der Maßnahme	142
7.7	Genehmigungsfreie Maßnahmen	142
7.8	Vorgaben zur Durchführung der freiheitsentziehenden Maßnahmen	143
7.9	Exkurs: Bewohner mit der Diagnose »Chorea Huntington« ...	144
7.10	Musterformular: Beispiel Anordnung für ein Fixierungsprotokoll	145
7.11	Musterformular: Beispiel für ein Fixierungsprotokoll (Verlaufsprotokoll)	147
8	Besonderheiten der ärztlichen Zwangsmaßnahme	148
8.1	Zwangsbehandlung bei Personen mit öffentlich-rechtlicher Unterbringung	148

8.2	Die ärztliche Zwangsmaßnahme auf zivilrechtlicher Grundlage	151
8.2.1	Hintergrund der gesetzlichen Regelung Neuregelung	151
8.2.2	Rechtliche Grundlagen	151
8.2.3	Voraussetzungen für die Anordnung einer ärztlichen Zwangsbehandlung	154
8.2.4	Medizinische Indikation	159
8.2.5	Dauer einer Zwangsbehandlung	160
8.2.6	Eilbedürftigkeit	160
8.2.7	Keine ambulante Zwangsbehandlung	161
8.2.8	Keine Zwangsbehandlung am Lebensende	164
8.2.9	Abgrenzung ärztliche Zwangsbehandlung und Unterbringung zur Behandlung	165
9	Übersicht Zwangsmaßnahmen	166
10	Besonderheiten von Freiheitsentziehende Maßnahmen in Psychiatrien	170
10.1	Abgrenzung zwischen öffentlich-rechtlicher und zivilrechtlicher Unterbringung	170
10.2	Zwangsmaßnahmen innerhalb öffentlich-rechtlicher Unterbringung	170
10.3	Strategien zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen	171
11	Besonderheiten der Zwangsmaßnahmen in somatischen Kliniken	172
11.1	Unterbringung und ärztliche Zwangsmaßnahme	172
11.2	Relevante Praxisfälle	172
11.2.1	Umgang mit alkoholisierten Patienten in der Notaufnahme	173
11.2.2	Postoperatives Delir	174
11.2.3	Demenzielle Patienten mit Wanderungstendenzen	175
11.2.4	Zwangsmaßnahmen auf Intensivstation	176
12	Besonderheiten der Zwangsmaßnahmen in Pflegeeinrichtungen und Heimen	178
12.1	Freiheitsentziehende Maßnahmen in Pflegeeinrichtungen	178
12.2	Keine zwangsweise Heimunterbringung in Pflegeeinrichtungen	180
12.3	Freie Arztwahl im Heim	180
12.4	Zulässigkeit von Personenortungsanlagen	180
12.5	Alternativen zu den freiheitsentziehenden Maßnahmen	182
12.5.1	Vorbeugung der Sturzgefahr	182
12.5.2	Umgang mit »Weglauftendenzen«	183
12.5.3	Projekt »Redufix«	183
12.5.4	»Werdenfelser Weg«	183

12.6	Zwangsmedikation	184
12.7	Musterformular: Ablaufhilfe für die Einleitung freiheitsentziehender Maßnahmen in Pflegeeinrichtungen ...	184
12.8	Musterformular: Beispiel für eine Dienstanweisung für eine Pflegeeinrichtung zu den »rechtlichen Voraussetzungen einer Zwangsbehandlung«	187
13	Der Weg zur Handlungsanweisung	190
13.1	Notwendigkeit einer maßgeschneiderten Handlungsanweisung	190
13.2	Der Prozess zur Handlungsanweisung	190
13.3	Zu integrierende Personen	192
13.4	Aufbau der Handlungsanweisung	193
13.4.1	Präambel	193
13.4.2	Definition von Zuständigkeiten und Adressatenkreis	193
13.4.3	Datum des Inkraftsetzens, der nächsten Überarbeitung sowie Aktualisierungsintervalle	194
13.4.4	Freigabeverantwortlichkeit	194
13.4.5	Definition der möglichen Formen von Zwangmaßnahmen und Erörterung von Situationen, in welchen Zwangmaßnahmen typischerweise vorkommen	194
13.4.6	Alternativen zu Zwangmaßnahmen	195
13.4.7	Umgang mit der Situation der Einleitung der Zwangmaßnahme	195
13.4.8	Ärztliche Anordnung	197
13.4.9	Ärztliche und pflegerischer Kontrolle und Durchführung der Maßnahme	197
13.4.10	Rechtfertigungsgründe, Umgang mit Vorsorgevollmachten, Betreuerverfügungen und Betreuerbestellungsanregungen	199
13.4.11	Definition Einleitung und Durchführung des gerichtlichen Verfahrens	200
13.4.12	Ende der Maßnahme	200
13.4.13	Umgang mit Angehörigen	201
13.4.14	Flowchart	201
13.4.15	Ansprechpartner	201
13.4.16	Dokumentationsvorlagen	202
13.4.17	Anlagen	202
13.5	Empfehlungen zur Findungsphase und Umsetzung	202
14	Vorsorgeinstrumente	204
14.1	Patientenverfügung	204
14.1.1	Statistische Relevanz	204
14.1.2	Gesetzliche Grundlage	205
14.1.3	Inhalt einer Patientenverfügung	205

14.1.4	Folgendes ist bei der Erstellung einer Patientenverfügung zu beachten:	206
14.1.6	Patientenverfügung und Unterbringung, Zwangsbehandlung und freiheitsentziehende Maßnahmen und besondere Sicherungsmaßnahmen	208
14.1.7	Textbausteine für eine Patientenverfügung	209
14.1.8	Musterformular: Beispiel für eine Patientenverfügung	210
14.1.9	Musterformular: Beispiel für eine Patientenverfügung – Ausführliche Fassung	211
14.2	Vorsorgevollmacht	216
14.2.1	Statistische Relevanz	216
14.2.2	Gesetzliche Grundlagen	216
14.2.3	Inhalt einer Vorsorgevollmacht	217
14.2.4	Formvorschriften und Notarielle Vollmacht	218
14.1.5	Das Vorsorgeregister	219
14.2.5	Ablieferungs- und Informationspflicht	220
14.2.6	Musterformular: Generalvollmacht mit Betreuungs- und Patientenverfügung	220
14.2.7	Musterformular: Generalvollmacht mit Betreuungs- und Patientenverfügung – BMJ-Fassung	225
14.3	Betreuerverfügung	227
14.3.1	Grundlagen und Inhalt	228
14.3.2	Musterformular: Beispiel für eine Betreuungsverfügung	228
14.4	Behandlungsvereinbarungen	230
14.4.1	Grundlagen	230
14.4.2	Beispiel für einen alternativen Therapieansatz: Das »Weddinger Modell«	230
14.4.3	Musterformular: Behandlungsvereinbarung für die mögliche Neuaufnahme in eine psychiatrische Klinik	231
14.5	Zusammenfassung: Vorsorgeinstrumente	238
15	Die Ehegattenvollmacht	239
15.1	Herkunft und Zweck	239
15.2	Hinweispflicht des Standesamts	242
15.3	Bescheinigung für die erstmalige Ausübung des Vertretungsrechts	243
15.4	Musterformular: Bestätigung Ehegattenvollmacht	245
16	Schlusswort	248
Anlage: Wortlaut der Neufassung relevanter Normen ab 2023		249
	Bürgerliches Gesetzbuch	249
	Personenstandsgesetz	267
	Bundesnotarordnung	267

Vorsorgeregisterverordnung	269
Familienvorfahrfngsgesetz	272
Betreuungsorganisationsgesetz	277
Verzeichnis der Musterformulare	293
Literaturverzeichnis	295
Stichwortverzeichnis	299

Als Zusatzmaterialien können Sie sämtliche Musterformulare als ausdruck- und beschreibbare Worddateien herunterladen. Nähere Informationen dazu finden Sie auf S. 293. Die folgenden Richtlinien sind dabei zu beachten.

Erläuterungen zur Nutzung der Vertragsmuster

Die Vertragsmuster liegen in einer Word-Fassung vor. Diese kann an den entsprechenden Stellen (Platzhalter) ergänzt und an die individuellen Gegebenheiten des einzelnen Krankenhauses angepasst werden. Die Word-Fassungen enthalten zum Teil die neben den Musterverträgen erforderlichen Anlagen.

Rechtliche Hinweise zur Verwendung der Musterverträge

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen des Gesamtwerkes und Übersetzungen sowie für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Der Download des Werkes schließt das Recht zu dessen Verwendung in elektronischer Form im Rahmen einer Einzelplatznutzung ein. Davon ausgenommen ist das Recht auf eine Mehrplatznutzung. Eine solche bedarf der ausdrücklichen Genehmigung, einzuholen in Form einer Lizenzierung bei und durch die W. Kohlhammer GmbH. Eine Verwertung bzw. Vervielfältigung des Musters in Form von Papierkopien für die Arbeit im Unternehmen ist nur zulässig, soweit diese zum eigenen, internen Gebrauch bestimmt sind. Eine Weitergabe an externe Dritte ist untersagt.

Bei den Inhalten des Werkes handelt es sich um Muster. Für Vollständigkeit und Richtigkeit kann keine Gewähr übernommen werden. Von einer rechtlich ungeprüften Verwendung des Musters ist abzuraten, da dieses stets auf den jeweiligen Sachverhalt anzupassen und ggf. zu ergänzen ist.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.